

Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

1MG

MÜNCHEN, SAMSTAG/SONNTAG, 16./17. NOVEMBER 2013

69. JAHRGANG / 46. WOCHE / NR. 265 / 2,50 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Es ist höchste Zeit, sich für ein Fehlurteil zu entschuldigen, das seit Jahrzehnten das kollektive Gewissen dieser Zeitung belastet. Die beschämende Angelegenheit geschah im Juni 1966, als die Beatles im Münchner Circus-Krone-Bau ein Konzert gaben und, wie seinerzeit zu lesen war, die Zuhörer von den Sitzen rissen. Doch leider hat der SZ-Reporter auch den Gitarrenlärm beklagt, der so heftig gewesen sei, „dass es vom ärztlichen Standpunkt aus ratsam erschiene, das Weite zu suchen“. Tja, und jetzt muss es raus: So schlimm war der Lärm damals gar nicht. Dies versichern mehrere Augenzeugen, die noch heute rüstig und geistig aktiv sind, trotz ihrer Schwerhörigkeit. Aber was hilft's? Die sogenannten Pilzköpfe nahmen sich die beiläufig geäußerte Kritik dermaßen zu Herzen, dass sie vier Jahre später das Ende ihres gemeinsamen Musizierens verkündeten. Keine Frage: Das geht auf unsere Kappe. Sorry, wir haben das nicht gewollt.

Nach diesem Bekenntnis fällt es leichter, über die blamable Fehl einschätzung zu schreiben, die den Redakteuren des US-Blatts *Harrisburg Patriot-News* bleischwer auf der Seele lastet. Auch hierbei handelt es sich um eine ältere Sache, nämlich um die Rede, die Präsident Abraham Lincoln am 19. November 1863 bei der Einweihung des Soldatenfriedhofs in Gettysburg hielt. Wenige Monate zuvor waren auf dem Gelände Tausende Soldaten der Süd- und Nordstaaten gefallen, was Lincoln zum Anlass nahm, in knappen Sätzen Freiheit, Demokratie und die Nation zu beschwören. Dies geschah so eindrucksvoll, dass die Rede bald die Runde machte und bis heute jedem ordentlichen US-Amerikaner geläufig ist. Doch der Leitartikler der *Harrisburg Patriot-News* blieb seinerzeit kühl und bewertete die Ansprache des Präsidenten als „dummes Geschwätz“. Diese erfischende Offenheit des Mannes war seinen nachgeborenen Kollegen zunehmend unheimlich. Und jetzt, nach 150 Jahren, hat man sich entschlossen, Lincolns „Gettysburg Address“ doch nicht für misslungen zu halten. Soeben hat sich die Zeitung für ihren damaligen „Mangel an historischer Perspektive“ entschuldigt.

Bemerkenswert, aber auch befremdlich ist die Erklärung, warum der Harrisburger Reporter so wenig beeindruckt von der tolen Rede war. Gut möglich, schreibt das Blatt, dass er unter dem Einfluss „starken Alkoholkonsums“ gestanden sei. Solch einen Verdacht können nur Journalisten äußern, die ihren Arbeitstag mit Smoothies und laktosefreiem Latte macchiato begehen. Früher hingegen galt es als ausgemacht, dass Schnaps oder Whiskey den Blick auf das politische Geschehen schärfen. Was auch immer der Reporter geschluckt hat: Er lag mit seiner Kritik ganz auf der Linie des Präsidenten. Lincoln selbst hatte nach der Ansprache zu seinem Leibwächter gesagt: „Lamon, diese Rede wird nicht durchgehen.“

HEUTE

Meinung
Deutschland und die USA haben sich in der Sicherheitspolitik entzweit: Was kostet das? 4

Politik
Japan senkt seine Klimaziele. Premier Abe beugt sich damit dem Druck der Industrie 10

Panorama
Jeden Herbst verwandelt sich Gerd Wirtz in einen Weihnachtsmann – aus Liebe 11

Wirtschaft
Na dann Prost. Die Deutschen trinken immer weniger Bier 23

Sport
Tor oder kein Tor? Fußball-Liga erwägt Computerbrillen für Schiedsrichter 37

Medien, TV-/ Radioprogramm 42-44
Forum & Leserbrief 21
Kino · Theater im Lokalteil
Rätsel & Schach 11
Familienanzeigen 40-41

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, E, F, GR, I, L, NL, SLO, SK: € 3,30; dkr. 26; € 3,30; kn 30; sfr. 5,00; czk 101; Ft 880



FOTO: WILFRIED ROSL

Ganz große Oper

November 1963: Die Welt trauert um John F. Kennedy, München feiert sein wieder aufgebautes Nationaltheater. 50 Jahre danach ist es Zeit für eine Bilanz – und für einen Ausblick auf die Zukunft des großen Musiktheaters.

▶ Sonderbeilage

Deutsche Aufträge für US-Spionagefirma

Seit Jahren beschäftigt die Regierung das umstrittene Computerunternehmen CSC, das dem Geheimdienst NSA nahesteht. CSC arbeitet für Ministerien und Behörden und hat Zugriff auf hochsensible Daten

VON C. FUCHS, J. GOETZ, F. OBERMAIER UND B. OBERMAYER

Berlin/München – Die Bundesregierung macht umstrittene Geschäfte mit einem US-amerikanischen Spionage-Dienstleister. Dieser erhält dadurch Zugriff auf eine ganze Reihe hochsensibler Daten. Mehr als 100 Aufträge haben deutsche Ministerien nach Recherchen der *Süddeutschen Zeitung* und des Norddeutschen Rundfunks in den vergangenen fünf Jahren an deutsche Tochterfirmen der Computer Sciences Corporation (CSC) vergeben. Das US-Unternehmen gilt als einer der wichtigsten Partner der amerikanischen Geheimdienste und war in der Vergangenheit unter anderem an der Entwicklung von Spähprogrammen für die NSA beteiligt. Außerdem war eine Tochter der CSC 2004 in die Ver-

schleppung des Deutschen Khaled el-Masri durch die CIA verwickelt.

Seit 2009 erhielten die deutschen CSC-Ableger Staatsaufträge in Höhe von 25,5 Millionen Euro. Die Firma testete dafür unter anderem den Staatsstrojaner des Bundeskriminalamts und unterstützte das Justizministerium bei der Einführung der elektronischen Akte für Bundesgerichte. Des Weiteren erhielt die CSC Aufträge, die mit dem sogenannten Regierungsnetz zu tun haben, über das die verschlüsselte Kommunikation von Ministerien und Behörden läuft. Die CSC beriet außerdem das Innenministerium bei der Einführung des elektronischen Passes und ist involviert in das Projekt De-Mail, dessen Ziel der sichere Mailverkehr ist. Alles heikle Aufträge.

„Wir wissen jetzt ja leider, dass viele US-Firmen sehr eng mit der NSA kooperieren,

da scheint blindes Vertrauen äußerst unangebracht“, sagt der Ex-Hacker und IT-Sicherheitsexperte Sandro Gaycken, der auch die Bundesregierung berät. Die CSC selbst teilte mit, „aus Gründen des Vertrauensschutzes“ keine Auskunft über öffentliche Auftraggeber zu geben.

Das Unternehmen ist Teil der amerikanischen Schattenarmee von Privatfirmen, die für Militär und Geheimdienste günstig und unsichtbar Arbeit erledigen. So gehörte das Unternehmen zu einem Konsortium, das den Zuschlag für das sogenannte Trailblazer-Projekt der NSA bekommen hatte: Dabei sollte ein Spähprogramm ähnlich dem jüngst bekannt gewordenen Programm Prism entwickelt werden.

Die problematischen Verwicklungen sind teils seit Jahren bekannt – jedoch angeblich nicht dem Bundesinnenministeri-

um, das die Rahmenverträge mit der CSC geschlossen hat. Das Ministerium habe dazu keine „eigenen Erkenntnisse“, teilte ein Sprecher mit. Mitarbeiter externer Unternehmen müssten sich einer Sicherheitsprüfung unterziehen, bevor sie mit einer „sicherheitsempfindlichen Tätigkeit“ betraut würden. Im Übrigen enthielten die Rahmenverträge „in der Regel“ Klauseln, nach denen es untersagt ist, „vertrauliche Daten an Dritte weiterzuleiten“.

Thomas Drake, ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter des US-Geheimdienstes NSA, hält derartige Klauseln für „naiv“. Er sagt: „Wenn es um eine Firma geht, die in der US-Geheimdienstbranche und speziell bei der NSA eine solch große Rolle spielt und dort so viel Unterstützung bekommt, dann würde ich den Worten eines Vertrags nicht trauen.“

Richter als Altenpfleger

Verfassungsbeschwerden könnten den Pflegenotstand beenden

Früher hatten die Menschen Angst vor dem Sterben, heute haben sie Angst vor dem Altern. Sie haben Angst davor, Objekt der Pflegeindustrie zu werden und sich dann dem Tod entgegenzuwindeln. Die meisten alten Menschen wollen so lang wie möglich in vertrauter Umgebung bleiben und nicht ins Pflegeheim ziehen. Das ist verständlich, aber wenig realistisch; es gibt zu wenig ambulante Hilfe.

Bei der stationären Hilfe fehlt es hinten und vorne, die Pflege in Pflegeheimen verdient zu oft das Wort Pflege nicht. Schon heute gibt es dort viel zu wenig Pflegekräfte. Bis 2030 werden 325 000 mehr Pflegerinnen und Pfleger gebraucht. Aber die Bezahlung ist schlecht und der Arbeitsdruck gewaltig; zwei von drei Altenpflegern würden es daher ablehnen, in dem Heim zu leben, in dem sie jetzt arbeiten. Das ist die Situation. Die Politik kennt sie – aber es tut sich nichts. Die Ausarbeitung einer Charta für die Rechte hilfs- und pflegebe-

dürftiger Menschen hat keine spürbare Verbesserung gebracht. Ordentliche gesetzliche Rahmenbedingungen und eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Pflegekassen kann man nicht einfach durch eine Charta ersetzen.

Eine Dissertation, die am Lehrstuhl des Regensburger Öffentlichrechtlers und Rechtssoziologen Alexander Graser erstellt und soeben publiziert wurde, kommt deshalb zu einem dramatischen Ergebnis: Die praktische Umsetzung des Pflegerrechts in den Pflegeheimen unterscheidet sich insgesamt offensichtlich „die Grenze zu einer menschenwürdigen Existenz“. Autorin ist die junge Rechtswissenschaftlerin Susanne Moritz. Ihre Analyse der Zustände in der Pflege ist freilich

nicht das Besondere an der Arbeit, solche Studien gibt es schon; die Zustände aber, die beschrieben werden, laufen, wenn man es verfassungsrechtlich formuliert, auf eine makabere Ergänzung des Artikels 1 Grundgesetz hinaus: Die Würde des Menschen ist unantastbar – „es sei denn, er ist altersdement oder sonst sehr pflegebedürftig“. Es sieht derzeit so aus, als ob daran auch die sich formierende große Koalition nichts zu ändern gedenkt.

Hier greift nun die Wissenschaftlerin wie ein juristischer Schutzengel ein. Sie zieht spektakuläre rechtliche Konsequenzen aus der desaströsen Situation, der unzureichenden Reaktion der Politik darauf und der gesetzgeberischen Untätigkeit: Der Staat verletzte mit seiner Untätigkeit

seine Schutzpflichten gegenüber pflegebedürftigen so massiv, dass der Weg zum Verfassungsgericht eröffnet sei. „Angesichts der hohen Wertigkeit der betroffenen Grundrechte und der bereits eingetretenen Verletzung derselben“ hält die Wissenschaftlerin Verfassungsbeschwerden in Karlsruhe für Erfolg versprechend.

Der Clou dabei: Die Verfassungsbeschwerden, so analysiert Moritz, können nicht nur die aktuell betroffenen Heimbewohner erheben; beschwerdebefugt seien alle potenziell später pflegebedürftigen Menschen – also jeder: „Eine solche Verfassungsbeschwerde wäre zulässig und hätte aufgrund der evidenten Schutzpflichtverletzung Aussicht auf Erfolg“. Jeder kann in Karlsruhe gegen das Pflegedestaster klagen – diese Idee zieht derzeit Kreise in der Fachwelt. Wenn die Idee diese Kreise verlässt, könnte daraus eine gewaltige Massen-Verfassungsbeschwerde werden. HERIBERT PRANTL

China lockert die Ein-Kind-Politik

Keine Beschränkung mehr, wenn ein Elternteil selbst Einzelkind ist. Kommunisten schließen auch „Umerziehungslager“

Peking – Chinas Kommunistische Partei will das System der Umerziehungslager abschaffen und die Ein-Kind-Politik lockern. Das sind zwei Kernelemente eines am Freitag in Peking veröffentlichten Reformdokuments, auf das sich die Parteispitze bei ihrer Plenarsitzung am Wochenende geeinigt hatte. Das Papier stellt daneben eine vorsichtige Öffnung der Wirtschaft und des Bankensektors in Aussicht. Die Abschaffung der Umerziehungslager sei eine „wichtige Anstrengung, um die Menschenrechte zu schützen“, hieß es in dem Papier. Die Beschränkung auf nur ein Kind soll für Paare aufgehoben werden, bei denen ein Elternteil selbst ein Einzelkind ist: Ihnen soll ein zweites Kind erlaubt werden.

Die „Umerziehung durch Arbeit“ gibt es in China seit 1957. Mao Zedong schuf da-

mals ein zweigliedriges Lagersystem: In die Umerziehungslager steckte die Polizei meist Kleinkriminelle, Prostituierte, Obdachlose, Demonstranten und überhaupt Störenfriede aller Art. Gedacht waren die Lager für Menschen, so formulierte es die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua, „die kleine Verbrechen begehen, die aber nach dem Strafrecht nicht verurteilt werden können“. Menschen also, die die Polizei wegsperren wollte, ohne sie der Justiz vorzuführen. Genau deshalb waren sie auch in China selbst immer stärker in die Kritik geraten: Die Polizei darf Bürger bis zu vier Jahre in ein Umerziehungslager schicken, ohne dass diese je einen Anwalt oder Richter zu Gesicht bekommen. Peking sprach 2008 von 160 000 Lagerinsassen, Menschenrechtler vermuten dort mehr als dop-

pelt so viele. Daneben gibt es noch ein größeres Netz von Lagern für Straftäter, die von einem Gericht verurteilt wurden.

Dieses zweite Lagersystem soll nicht angetastet werden. Unklar ist, aus Stille der Umerziehungslager treten soll. Chinas Medien zufolge experimentieren Städte wie Nanjing, Lanzhou oder Zhengzhou schon seit längerem mit einem „Ersatzsystem“, das mancherorts „Erziehung und Korrektur gesetzswidrigen Vorgehens“ heißt. Vor allem ist noch ungewiss, ob, wie chinesische Juristen seit Langem fordern, die Allmacht der Polizei bei diesem neuen System beschränkt wird. Das Parteidokument kritisiert zudem die in China vielerorts übliche Praxis, „Geständnisse durch Folter und körperliche Misshandlungen zu erzwingen“. China werde „daran arbei-

ten“, solche Geständnisse aus den Gerichtssälen zu verbannen, meldete Xinhua.

Die Entscheidung, die 1980 eingeführte Ein-Kind-Politik erneut ein Stück weit zu lockern, kommt zu einem Zeitpunkt, da viele Experten auch in China selbst ihre Abschaffung fordern. Grund ist die demografische Entwicklung des Landes, die dafür sorgt, dass China schnell altert. Schon länger dürfen Paare zum Beispiel ein zweites Kind haben, wenn beide Einzelkinder sind. Bürgerrechtler haben in der Vergangenheit viele Fälle von Zwangsabtreibungen dokumentiert. Großer Widerstand gegen die Abschaffung der Politik kommt aus der Familienplanungsbürokratie, die sich durch die Strafzahlungen für überzählige Kinder ein lukratives Einkommen geschaffen hat. KAI STRITTMATTER ▶ Seite 4



Amerikas Schattenarmee

Längst erledigen die US-Geheimdienste nicht mehr alles selbst: Sie beauftragen private Firmen, für einfache Tätigkeiten genauso wie für hoch sensible Spionage-Aufträge oder sogar Entführungen. Ein Millio-nengeschäft für viele der beteiligten Unternehmen – das gleich eine ganze Reihe ethischer Fragen aufwirft. ▶ Seiten 4, 8 und 9

WOCHENENDE

Abgesang Kann die Popmusik ohne echte Idole überleben? JOACHIM HIBTSCHEL

Abschnitt 260 836 Friseur gibt es in Deutschland. Über einen schlecht bezahlten, aber wichtigen Beruf NADIA PANTEL

Mit Stellen- und Motormarkt

Linke sucht Kontakt zu SPD

Parteichefin Kipping fordert „Gespräch auf allerhöchster Ebene“

Berlin – Die Linkspartei hat auf den Beschluss der SPD reagiert, eine rot-rot-grüne Koalition von 2017 an nicht mehr auszu-schließen. Die Vorsitzende Katja Kipping forderte ein rasches Gipfeltreffen der beiden Parteien. „Bisher war Funkstille, aber jetzt sollten wir schnell das Gespräch auf allerhöchster Ebene suchen“, sagte sie am Freitag der SZ. Die Gesprächsagenda ergebe sich aus den Programmen. So könne man über die Renten- und Steuerpolitik sprechen oder einen Gewaltverzicht in der Außenpolitik. Auch der zweite Tag des SPD-Parteitag in Leipzig war geprägt von der Aufarbeitung des schlechten Abschlusses bei der Bundestagswahl. Generalsekretärin Andrea Nahles kam bei der Vorstandswahl mit 67,2 Prozent auf ihr bisher schlechtestes Ergebnis. Bei der Wahl der Vizechefs bestrafte die Delegierten insbesondere Hamburgs Ersten Bürgermeister Olaf Scholz. Für ihn stimmten nur 67,3 Prozent der Delegierten. sz ▶ Seiten 2, 4 und 5

Lammert beklagt Stillstand im Bundestag

Berlin – Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) kritisiert das Verhalten von Union und SPD im Parlament. Sie wollen die Ausschüsse erst nach der Regierungsbildung einsetzen, daher ist der Bundestag noch nicht arbeitsfähig. Alles bis zur Kanzlerwahl zu vertagen, sei weder plausibel noch notwendig“, sagte Lammert. RRO ▶ Seite 5

Deutschland spielt 1:1 gegen Italien

Mailand – Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft hat im 100. Spiel ihres Trainers Joachim Löw 1:1 gegen Italien gespielt. Nach dem Führungstorg durch den Dortmunder Mats Hummels (8. Minute) glich Ignazio Abate (28.) aus. Der letzte Sieg der deutschen Elf gegen Italien liegt mehr als 18 Jahre zurück. sz ▶ Sport

Dax ▲	Dow ▲	Euro ▲
Xetra Schluss 9169 Punkte + 0,21%	N.Y. Schluss 15963 Punkte + 0,54%	22 Uhr 1,3490 US-\$ + 0,0032

DAS WETTER

12° / -2°

Teils wechselnd bewölkt, teils neblig-trüb. Dabei fällt vor allem an den Küsten und rund um die Alb vereinzelt Sprühregen. Die Temperaturen bewegen sich zwischen drei Grad auf der Alb und zwölf Grad auf Norderney. ▶ Seite 21 und Lokales

Euro-Jackpot (15.11.2013)
5 aus 50: 3, 19, 32, 43, 48
2 aus 8: 4, 8 (Ohne Gewähr)

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/app

